

## INSIDE

### Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 29. März 2018

---

#### Inhalt:

- › **Auftakt des Präsidenten: Gemeinsam weiterkommen.** Von Lukas Pfisterer (S.1)
- › **Motivieren statt sanktionieren.** Von Dr. Adrian Schoop (S. 2)
- › **Standesinitiative betreffend Poststellenschliessungen.** Von Sabina Freiermuth (S. 3)
- › **Anforderungen für den Schulübertritt.** Von Bruno Gretener (S. 4)

---

## Auftakt des Präsidenten: Gemeinsam weiterkommen

### Delegiertenversammlung FDP Schweiz mit politischer Grundsatzrede von Petra Gössi

**Lukas Pfisterer**, Grossrat, Präsident FDP Aargau, Aarau  
[pfisterer@fdp-ag.ch](mailto:pfisterer@fdp-ag.ch)



An der Delegiertenversammlung FDP Schweiz letzten Samstag in Zug wurde Petra Gössi für zwei weitere Jahre als Präsidentin der FDP Schweiz gewählt. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder, die sich der Wahl stellten, wurden einstimmig wiedergewählt. Ergänzend wählten

die Delegierten unseren Aargauer Nationalrat Thierry Burkart als Beisitzer in den Vorstand. Herzliche Gratulation, Thierry! Wir freuen uns und sind stolz, dass die Kantonalpartei fortan einen direkten Draht in die «Parteizentrale» hat!

Schliesslich diskutierten die Delegierten die Vorlagen der Vollgeld-Initiative und des Geldspielgesetzes. Sie beschlossen zu beiden Vorlagen die Nein-Parole, beim Geldspielgesetz mit 202 zu 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Die Aargauer Delegierten lehnten das Geldspielgesetz fast einstimmig ab. Die beiden Vorlagen werden am kantonalen Parteitag am 24. April 2018 in Stein diskutiert werden.

Weiter verabschiedeten die Delegierten einen [Sicherheitsradar](#). Darin zeigt die FDP politische Handlungsanweisungen für die dringendsten sicherheitspolitischen Herausforderungen auf: Der Verlust der Souveränität über den Luftraum, die Bedrohungen aus dem Cyber-Space und die Gefahr des dschihadistischen Terrorismus. Der Sicherheitsradar soll jährlich aktualisiert werden.

Zu Beginn der Versammlung hatte Parteipräsidentin Petra Gössi die über 300 Delegierten in einer [Grundsatzrede](#) auf die Wahlen 2019 eingeschwört und ihr Bild der FDP gezeichnet: "Ich will, dass wir eine Bewegung für eine offene Schweiz sind, die für die Schweizerinnen und Schweizer einen Mehrwert bringt und diesen auch aufzeigt." In Französisch ergänzte sie: "Je veux gagner les prochaines élections nationales avec le PLR comme mouvement du futur." Mit deutlichen Worten fuhr sie fort: Mitkämpfen, mitgestalten, sich für die liberale Idee einsetzen - darauf basiert der Erfolg. Wachstum und Digitalisierung als Chancen verstehen, nicht nur die Gefahren sehen. Die FDP als Bewegung soll sowohl Wohlstand als auch Umwelt, sowohl Freiheit als auch Verantwortung betonen und leben und darin keine Widersprüche sehen. Als Fortschrittspartei trauert die FDP

#### Agenda:

24. April, 19.00 Uhr: Parteitag 18/2 in Stein

7. Mai, 17.30 Uhr: Ausschuss-Sitzung UBV in Aarau betr. Teilrevision Energiegesetz (inkl. MuKE)

nicht alten Ideen des Sozialismus nach und verschliesst sich nicht gegen aussen oder vor neuen Entwicklungen. "Zusammen mit der Schweiz und den Menschen gemeinsam weiterkommen", so ihr Schlusswort. Das ist denn auch das Motto der FDP: "Gemeinsam weiterkommen." Es fasst die bereits bekannten Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt treffend zusammen und wird die FDP künftig prägen.

### **Gemeinsam weiterkommen auch im Aargau**

Gemeinsam weiterkommen. Das ist auch das Ziel der FDP Aargau. Mit der "[Liberalen Agenda 2024](#)" formulierte die freisinnige Fraktion vor knapp einem Jahr ein Massnahmenpaket, um den Kanton Aargau fit zu machen für zukunftsgerichtete Investitionen, die die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Aargau sichern. Seither dient die Agenda der Fraktion immer wieder als Leitschnur in der täglichen Arbeit. Denn die Herausforderungen werden nicht kleiner. Mit der

Steuervorlage 17 (SV17) stellt sich nun eine weitere Herausforderung an den Kantonshaushalt. Der Bundesrat hat am 21. März 2018 die [Botschaft an das Parlament](#) verabschiedet. Nach dem Fahrplan des Bundesrates kann die parlamentarische Beratung in der Herbstsession 2018 abgeschlossen werden. Es stellen sich Fragen wie: Wer wird von der Vorlage wie betroffen? Wird die viel kritisierte Erhöhung der Dividendenbesteuerung ausreichend kompensiert durch die vom Regierungsrat geplante Senkung der Gewinnbesteuerung ([Medienmitteilung des Regierungsrats vom 09.03.2018](#))? Wo kann sich der Kanton Aargau im Vergleich zu den anderen Kantonen positionieren? Letztlich geht es darum, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in Bund, Kantonen und Gemeinden zu erhalten. Eine Lösung ist also notwendig. Es muss im Aargau gelingen, einerseits die Haushaltsanierung durchzuziehen, andererseits die SV17 so umzusetzen, dass der Aargau attraktiv bleibt für Unternehmen. Nur so können wir gemeinsam weiterkommen.

## **Postulat zur Sozialhilfe** **Motivieren statt sanktionieren**

**Dr. Adrian Schoop**, Grossrat, Turgi  
[a.schoop@soba-inter.ch](mailto:a.schoop@soba-inter.ch)



**Monetäre Anreize im Sozialsystem können dazu beitragen, die Sozialhilfe zu stärken. Ziel muss es sein, Missbräuche zu Gunsten jener zu bekämpfen, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind. In einem Postulat fordern Grossratsmitglieder der SVP, FDP und CVP einen Systemwechsel von Sanktion hin zu Motivation.**

Im Kanton Aargau hat die Anzahl der Sozialfälle in den letzten zehn Jahren um gut 30% zugenommen. Gerade für kleinere und mittelgrosse Gemeinden wird dies immer mehr zu

einem grossen finanziellen Problem. Mit weiteren Kürzungen der Sozialhilfe lassen sich die Kosten für Soziales aber kaum mehr in den Griff bekommen. Umso erstaunender war die Medienberichterstattung zum Postulat, welches letzte Woche mit Unterstützung der FDP-Fraktion überwiesen wurde. Die Überschrift «Parlament möchte Sozialhilfe auf Existenzminimum senken» zielt am Kern der Sache vorbei.

### **Sozialhilfe stärken**

Zusammen mit Renate Gautschy (FDP) und andern Ratskolleginnen habe ich am 7. November letzten Jahres den Vorstoss «Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe» eingereicht – damals noch als Motion. Diese unterzeichneten 33 weitere Mitglieder der SVP, FDP und CVP. Unser Anliegen ist es, mit einem

Paradigmenwechsel diejenigen zu belohnen, die sich kooperativ verhalten, anstatt diejenigen zu strafen, die Auflagen nicht erfüllen. Das heisst, Antragstellerinnen und Antragsteller starten mit einem geringeren Geldbetrag und können, wenn sie kooperieren, ihr Sozialhilfegeld Schritt für Schritt erhöhen.

Ich bin überzeugt, dass Motivation sich positiv auf den Menschen auswirkt. Das sehe ich als Unternehmer, es ist bekannt aus der Welt des Sports und man weiss es aus der Pädagogik. Ich bin mir sicher, dass ein Sozialhilfesystem, das mehr auf Motivation statt Sanktion setzt, zu weniger Sozialhilfemissbrauch, zu einer rascheren Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zu besserer Kooperation sowie einfacheren Abläufen führt. Selbstverständlich bedeutet auch das von uns vorgeschlagene System, dass jeder Fall einzeln beurteilt werden muss. Das ist aber bereits heute der Fall und stellt keinen Mehraufwand dar.

### **Bern macht es vor**

Das Argument, dass Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger mit dem tieferen Einstiegsbetrag nicht mehr leben können, ist haltlos. Gemeinden können bereits heute den Grundbedarf um

30 Prozent kürzen, wenn Sozialhilfeempfänger den Weisungen und Auflagen nicht nachkommen. Allerdings löst dies ein juristisches Hick-Hack aus und ist mit hohen administrativen Aufwänden verbunden. Zudem müssen Sozialdienstmitarbeitende mit dem Frust ihrer Klientinnen und Klienten umgehen und sind nicht selten Beschimpfungen und Drohungen ausgesetzt.

Der Kanton Bern hat das Potenzial des Wechsels hin zu Motivation erkannt. Der Kanton hat das Sozialhilfegesetz im Dezember 2017 revidiert. Die Integrationszulagen wurden dabei

erhöht. Auf der anderen Seite wurde die Sozialhilfe um 8 Prozent gekürzt. Ein Teil der Kürzung wird nun eben für mehr Anreize bei der Arbeitsintegration verwendet.

Der Aargauer Grosse Rat hat am 20. März das Anliegen als Postulat mit 71 zu 53 überwiesen. Der Regierungsrat wird nun den Reformbedarf in der Sozialhilfe prüfen und in diesem Zusammenhang abklären, wie die Motivation in der Sozialhilfe gestärkt werden kann. Ich bin überzeugt, dass dies ein erster Schritt zu einer dringend notwendigen Umgestaltung unseres Sozialhilfesystems sein kann.

## Standesinitiative zu Poststellenschliessungen FDP unterstützt keine Strukturermassnahmen

**Sabina Freiermuth**, Grossrätin, Präsidentin FDP-Fraktion, Zofingen  
[sabina.freiermuth@hispeed.ch](mailto:sabina.freiermuth@hispeed.ch)



**Kürzlich stand im Grossen Rat die Einreichung einer Standesinitiative «zur Erhaltung des Service Public und zum Stopp von Poststellenschliessungen» zur Diskussion. In letzter Zeit reichten gleich mehrere Kantone Standesinitiativen mit ähnlichen Anliegen ein. Sie wurden vom Ständerat allesamt abgelehnt. Dennoch ist der Handlungsbedarf auf Bundesebene unbestritten. Zum Themenkreis Post und Service Public wurden bereits mehrere Vorstösse überwiesen. Der Kanton Aargau indes schickt keine weitere (aussichtslose) Standesinitiative nach Bern. Mit 50 zu 82 Stimmen sprach sich der Grosse Rat gegen die Erheblichkeit des Antrags aus.**

Als Erstes sollte mit der Standesinitiative die Schliessung von Poststellen verhindert werden, bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Zweitens soll die Postcom, wenn sie bei Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Agentur angerufen wird, nicht nur eine Empfehlung abgeben, sondern einen anfechtbaren Beschluss fassen. Weiter sollen Bürgerinnen und Bürger berechtigt sein, eine Eingabe gegen eine Schliessung an die Postcom zu richten, wenn sie dieselbe Zahl von Unterschriften gesammelt haben, die für eine Gemeindeinitiative erforderlich ist.

### **Auf Bundesebene Handlungsbedarf erkannt**

Eine zusätzliche Standesinitiative ist nicht mehr notwendig, da das Thema auf Bundesebene zurzeit mithilfe mehrerer Vorstösse behandelt wird. Just in der Märzsession wurde vom Nationalrat mit Hilfe der FDP-Fraktion eine Motion zur strategischen Poststellennetzplanung überwiesen (der Ständerat hiess den Vorstoss schon früher gut). Damit hat der Bundesrat dem Parlament innerhalb eines Jahres einen Vorschlag zur Überarbeitung der Service-Public-Kriterien in der Postgesetzgebung zu unterbreiten. Sämtliche Beteiligten haben wohl er-

kannt, dass auch beim Thema Post eine Service-Public-Diskussion stattfinden muss. Für die Bevölkerung sollen die Entscheide transparent und nachvollziehbar sein.

Ebenfalls von beiden Räten wurde eine Motion angenommen, nach welcher die Messkriterien für die Erreichbarkeit der Poststellen neu auf der regionalen Ebene festgelegt werden sollen. Die aktuell geltende, landesweite durchschnittliche Erreichbarkeit für 90 Prozent der Bevölkerung ist untauglich und sagt nichts aus über die Versorgungssituation in den einzelnen Gemeinden und Regionen. Die ferner für die Standesinitiative geforderte Postcom-Empfehlung als anfechtbaren Beschluss sowie die Eingabemöglichkeit für die Bevölkerung wurden bereits in mehreren Standesinitiativen gefordert, die allesamt abgelehnt wurden.

### **Die FDP unterstützt keine Strukturermassnahmen**

Die Post hat sich wie jedes andere Unternehmen den Herausforderungen der Wirtschaft zu stellen. Oder sind wir Konsumenten etwa bereit, die Vollkosten für die Dienstleistungen zu übernehmen? Gerade die Digitalisierung bietet der Post viele Möglichkeiten, ihre Leistungen effizienter zu erbringen. Täglich reisen Tausende über die Grenze, um Milch und Seife billiger einzukaufen. Von der Post aber wird verlangt, dass sie mit

ihren Verkaufsstellen jährlich 200 Millionen Franken Defizit macht. Das ergibt wenig Sinn.

### **Ohne alternatives Angebot schliesst keine Poststelle**

Solange sie die Grundversorgung gewährleistet, muss die Post bei der Ausgestaltung ihrer Tätigkeiten ihre unternehmerische

Freiheit behalten können. Die strategische Poststellennetzplanung stellt nun sicher, dass die Post dabei transparent und nachvollziehbar vorgeht. Dort, wo es keine Poststelle gibt, werden die Leistungen in einer Agentur oder neu sogar direkt an der Haustüre erbracht. Bundesrätin Leuthard sicherte zu, dass keine Poststelle schliesst, ohne dass eine Alternative angeboten wird. Wir nehmen sie beim Wort.

## **Anforderungen für den Schulübertritt** **Ungenügende Noten und trotzdem ins Gymnasium?**

**Bruno Gretener**, Grossrat, Gemeindeammann, Mellingen  
[bruno.gretener@mellingen.ch](mailto:bruno.gretener@mellingen.ch)



**Mit der Frage, ob für den Besuch einer weiterführenden Schule nach der Bezirks- oder Sekundarschule eine genügende Note in den doppelt zählenden Fächern Mathematik und Deutsch erforderlich ist, durfte sich der Grosse Rat an der Sitzung vom 20. März auseinandersetzen.**

Im letzten Mai überreichten zwei Bezirksschülerinnen dem Grossratspräsidenten eine Petition mit 1'640 Unterschriften. Darin forderten sie, dass die

Notwendigkeit von genügenden Noten in den Fächern Mathematik und Deutsch für die Qualifikation einer weiterführenden Schule abzuschaffen sei. Die Jugendlichen begründen ihr Anliegen damit, dass es eher eine Qualität sei, wenn man den Schnitt für eine weiterführende Schule erreicht, obwohl man in einem der doppelt gewichteten Fächern Mathematik oder Deutsch eine ungenügende Note hat. Einseitig begabten Schüler/innen soll der Weg an eine weiterführende Schule nicht wegen einer Schwäche in einem der beiden Fächer verbaut werden.

Die Übertrittsverfahren von der Oberstufe in die Mittel- und Berufsmittelschulen wurden per 1. Juli 2016 angepasst. Bei dieser Revision wurde unter anderem die Bezirksabschlussprüfung (BAP) abgeschafft und durch ein auf Erfahrungsnoten basierendes Verfahren abgelöst. Zudem erhielten auch die Sekundarschüler neu die Möglichkeit, prüfungsfrei an eine weiterführende Schule zu wechseln.

Konkret gelten seit dem 1. Juli 2016 folgende Anforderungen für den prüfungsfreien Übertritt an die Mittel- und Berufsmittelschulen:

- Notendurchschnitt von 4,7 (Bezirksschüler) oder 5,3 (Sekundarschüler) für den Übertritt ins Gymnasium (Kantonsschule)
- Notendurchschnitt von 4,4 für den Übertritt in eine Mittel- (IMS, WMS, FMS) oder Berufsmittelschule (BMS)
- Mindestnote 4,0 in Deutsch und Mathematik, wobei diese beiden Fächer doppelt gezählt werden

Dem Anliegen der Schülerinnen wurde bei der Beratung der Petition in der Kommission BKS viel Sympathie entgegengebracht, auch von den beiden FDP-Vertretern. Jedoch ging uns die Petition zu weit. Insbesondere waren wir der Meinung, dass die Anforderungen für den Übertritt ins Gymnasium nicht gesenkt werden, um die Leistungsorientierung auch nach dem Wegfall der BAP beizubehalten.

Immerhin fand eine Mehrheit in der Kommission, dass für die Mittel- sowie die Berufsmittelschule die Mindestanforderung der genügenden Noten in Deutsch und Mathematik nicht zwingend nötig sei und reichte ein entsprechendes Postulat ein.

Am 20. März wurden die Petition sowie das Kommissionspostulat im Grossen Rat behandelt. Nach lebhafter Diskussion wurde die Petition knapp mit 66 zu 64 Stimmen abgelehnt. Auch das Postulat fand keine Gnade und wurde mit Stichentscheid des Präsidenten (66 zu 66 Stimmen) ebenfalls abgelehnt.

In der FDP-Fraktion war eine klare Mehrheit der Meinung, dass die Anforderungen für den Übertritt in eine weiterführende Schule nicht gesenkt werden dürfen. Zudem wurde das Übertrittsverfahren erst vor weniger als 2 Jahren neu geregelt, so dass sich eine Überprüfung noch nicht aufdrängt.

Trotzdem möchten wir den beiden Bezirksschülerinnen ein Kränzchen winden, dass sie den Mut hatten, die Petition zu lancieren und sich politisch für ein Anliegen einzusetzen, auch wenn sie knapp gescheitert sind. Wir hoffen, dass sie dennoch wichtige Erfahrungen sammeln konnten und weiterhin politisch aktiv bleiben.

---

**Redaktion und Versand INSIDE:**

Kaspar Schoch, Geschäftsführer/Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau. E-Mail: [info@fdp-ag.ch](mailto:info@fdp-ag.ch)